

14.09.2012

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen – Endspurt vor dem doppelten Abiturjahrgang: Gute Beratung und zeitnahe Antragsbearbeitung in den BAföG-Ämtern sicherstellen (LT-DRS 16/813) –

Die Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs erfordern ein umfassendes Konzept

I. Der Landtag stellt fest:

Die im Oktober letzten Jahres veröffentlichten Rekordstudienanfängerzahlen haben deutschlandweit alle Erwartungen übertroffen. Allein die nordrhein-westfälischen Hochschulen verzeichneten statt der von der Kultusministerkonferenz (KMK) prognostizierten 100.000 Studienanfänger im Wintersemester 2011/2012 einen Zulauf von 115.000 jungen Menschen. Der starke Anstieg liegt zum einen in den doppelten Abiturjahrgängen in anderen Bundesländern und der Aussetzung der Wehrpflicht begründet, offenbart aber auch die erfreuliche Tatsache, dass die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten erheblich zugenommen hat.

Viele Hochschulen verzeichneten bereits im letzten Studienjahr einen so regen Zulauf, wie er eigentlich erst für das Jahr 2013 erwartet wurde. Mittlerweile gehen die Experten davon aus, dass der mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 in Nordrhein-Westfalen zu erwartende Anstieg der Studienanfängerzahlen rund 20 Prozent betragen wird. Dies würde allein auf der Grundlage der Studienanfängerzahlen aus dem Wintersemester 2011/2012 einen Aufwuchs um 23.000 Studienanfänger bedeuten. Dies stellt nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Studentenwerke, die vielschichtige Aufgaben in den Bereichen Hochschulgastronomie, Wohnen, Studienfinanzierung (BAföG), Kinderbetreuung, soziale Beratung und Kultur wahrnehmen, vor große Herausforderungen.

Offenkundig ist, dass die Hochschulen und die Studentenwerke des Landes den zusätzlichen Ansturm nicht ohne weitere Unterstützung werden meistern können. Das Land Nordrhein-Westfalen als auch der Bund müssen auf die stärker steigende Zahl der Studierenden rasch reagieren. Um aussichtsreich für mehr Unterstützung durch den Bund zu

Datum des Originals: 14.09.2012/Ausgegeben: 14.09.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

werben, ist es wichtig, dass das Land dem Bund gegenüber mit validen Zahlen agiert und sich wieder als verlässlicher Verhandlungspartner präsentiert. In der Vergangenheit wurden die Hochschulpaktvereinbarungen von Landeskabinettsbeschlüssen begleitet, die landesseitig die vereinbarte Mitteleinbringung langfristig sicherstellten. Hieran sollte auch in Zukunft angeknüpft werden. Bedauerlicherweise weigert sich die Landesregierung seit zwei Jahren, den Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs in Nordrhein- Westfalen auch nur im Ansatz zu beziffern.

Um die Attraktivität des Studienstandorts Nordrhein-Westfalen zu erhalten, ist es wichtig, der wachsenden Zahl von Studienanfängern in Nordrhein-Westfalen ausreichende und gute Studiermöglichkeiten zu bieten. Das bedeutet aber auch, dass das Land die Verantwortung übernehmen und die notwendigen Maßnahmen einleiten muss. Neben dem finanziellen Aspekt muss im Übrigen auch die zeitliche Dimension berücksichtigt werden. Der Studierendenansturm wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels nicht von Dauer sein. Es geht daher nicht nur um Lösungen, die sich auf das Fordern von mehr Mitteln beschränken, sondern um kreative und umfassende Konzepte, die auch die in der Zukunft liegende Nutzbarmachung der Infrastruktur in den Blick nehmen und für eine sinnvolle Mittelverwendung sorgen.

Die steigenden Studierendenzahlen erfordern dementsprechend Anpassungen in vielen Bereichen. Die Hochschulen und Studentenwerke stellen sich mit umfassenden Konzepten auf diese Herausforderung ein. Es ist deshalb so notwendig wie es selbstverständlich sein sollte, dass auch von Seiten der Landespolitik umfassende Lösungen erarbeitet werden. Die Landesregierung muss endlich ein integriertes Gesamtkonzept erstellen, das die Hochschulen hinsichtlich der Gesamtheit an finanziellen und organisatorischen Anpassungen unterstützt.

II. Beschlussfassung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen die Prognosen für Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Studienanfängerzahlen für die kommenden Jahre neu zu berechnen und gegebenenfalls zu aktualisieren;
2. in Kooperation mit den Hochschulen und den Studentenwerken ein Landeskonzept zu erstellen, wie den aller Voraussicht nach stärker als bislang angenommen ansteigenden Studierendenzahlen speziell vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs 2013 angemessen Rechnung getragen werden kann. Folgende strukturelle Aspekte sollten dabei insbesondere Beachtung finden:
 - Studienfinanzierung, insbesondere Bearbeitung von BAföG-Anträgen
 - Raumkapazitäten (sowohl Lehrveranstaltungen, als auch Lern- und Gruppenarbeitsräume)
 - Personal- und Lehrkapazitäten
 - Bibliothekskapazitäten
 - Wohnraum
 - Gastronomieangebote und Mensakapazitäten
 - Beratungsangebote
 - Öffentlicher Nahverkehr
 - Demografiefeste Infrastrukturplanung;

3. sich auf Bundesebene mit einem zielorientierten Konzept bei gleichzeitig zu signalisierender eigener Leistungsbereitschaft für eine Verlängerung beziehungsweise Ausweitung der Bund-Länder-Programme wie dem Hochschulpakt, dem Qualitätspakt Lehre und der Exzellenzinitiative auszusprechen, sich dafür einzusetzen, dass die dem Hochschulpakt zu Grunde liegenden Zahlen aktualisiert werden, sowie darauf hinzuwirken, dass die Mittel, die dem Land zur Bewältigung des Studierendenaufwuchses zur Verfügung gestellt worden sind, gegebenenfalls angepasst werden.

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth
Marcel Hafke

und Fraktion